

Warten auf Godot. Zur unstillen Entwicklung von Drogenpolitiken

Der vergleichende Blick auf Drogenpolitiken lässt erkennen, dass sich die meisten Lösungen weiterhin an psychoaktiven Produkten orientieren und nicht an der Frage, wie mit Drogen in einer lernfähigen Gesellschaft umzugehen und welche Regulierungsmodelle angebracht wären. In diesem Artikel skizzieren wir Drogenpolitiken verschiedener Staaten und zeigen, dass Reformen nicht ausserhalb konkreter Kontexte und moralischer Orientierungen gedacht werden können.

Sandro Cattacin

Professor, Université de Genève, Institut de recherches sociologiques 40, Bd. du Pont d'Arve, CH-1211 Genève 4, sandro.cattacin@unige.ch, www.tinyurl.com/zp2tjrr

Anne Philibert

Forschungsassistentin, Université de Genève, Institut de recherches sociologiques 40, Bd. du Pont d'Arve, CH-1211 Genève 4, anne.philibert@unige.ch, http://tinyurl.com/jffhmtq

Schlagwörter: Drogenpolitik | Regulierungsmodelle | Kohärenz |

Godot

Godot ist eine Theaterfigur Samuel Becketts. In seinem Stück, «En attendant Godot»¹ warten Vladimir und Estragon auf eine Person, die nie auftauchen wird, die aber – da unbekannt und potentiell unberechenbar – auch nicht auftauchen soll. Becketts Godot kann als Metapher für eine Drogenpolitik stehen, die ebenfalls schon lange erwartet und zum Teil auch schon beschrieben wird, furchterregend wirkt und doch nie wirklich auftaucht. Doch darüber, wie denn diese Drogenpolitik konkret aussehen soll, wird ausgiebig debattiert. Laien, ExpertInnen oder PolitikerInnen intervenieren dabei höchst unterschiedlich. Denn Politiken in komplexen Politikfeldern können kaum ausschliesslich für Ideale stehen, sondern manifestieren immer auch unterschiedlichste Ambivalenzen, so auch die Drogenpolitik.

Dies zeigt sich auch daran, dass die drei häufigsten, idealtypisch formulierten Drogenpolitiken nie umgesetzt worden sind.² Es gibt weder eine freie Produktwahl, die durch Markttransparenz zu einer idealen Steuerung führen sollte,³ noch ein Modell vollständiger Prohibition, wie es oft von der moralischen Rechten gefordert wird. Auch wurde die Idee, Drogenpolitik ausschliesslich über das Gesundheitssystem zu steuern – also Abhängigkeit als Krankheit zu verorten –,⁴ noch nie ausserhalb selbstverzückter, gesundheitsapostolischer Zirkel diskutiert, die den Menschen mit Entwöhnungsmitteln die teuflische Lust an psychoaktiven Substanzen austreiben möchten.

Drogenpolitik ist demgegenüber immer auch «fine tuning», das sich an Trends und Ritualen, an veränderten Kontexten und institutionellen Gegebenheiten, an Mobilität und Digitalität, an Laien- und ExpertInnenwissen orientieren muss. Sie ist

daher auch nicht nur Teil eines lernenden gesellschaftlichen Prozesses, sondern – wie kaum ein anderes Politikfeld – von ständigen Richtungswechseln gekennzeichnet und von moralischen Debatten durchkreuzt, die manchmal Alkohol, manchmal Cannabis, manchmal Tabak verteufeln.

Im Folgenden möchten wir die verschiedenen Wege eines solchen fine tuning in einem schwierigen, von Gegensätzen geprägten Umfeld beschreiben, und zwar an den Beispielen von Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz, Uruguay und den USA. Die gewählten Herangehensweisen unterscheiden sich dabei grundsätzlich in Bezug auf moralische Orientierung und organisatorische Struktur.

Deutschland: Pathologisierung des Konsums

Deutschlands Drogenpolitik erwacht in den 1980er-Jahren in den Städten und wird durch neue, offene Heroinszenen aufgewühlt. Die politische Antwort darauf sind Substitution, Spritzenzugang und später auch heroingestützte Therapien.⁵ Die Idee der Schadensminderung gewinnt in der Drogenpolitik immer mehr an Boden, jedoch ohne dass die Überzeugung aufgegeben wird, dass Drogen – und im neuesten Bericht der Bundesregierung werden auch Glücksspiel und «Internetabhängigkeit» dazugezählt –⁶ Gefahren für die Menschen und die Gesellschaft darstellen. Die Gefahren sind dabei letztlich politisch definiert, oder, wie Alina Schadwinkel in der Zeit schreibt: «Deutschlands Drogenpolitik funktioniert seit Jahrzehnten wie ein Märchen, in der sich die Welt der Drogen in Gut und Böse teilen lässt. Der Grund allen Übels sind Rauschmittel wie Cannabis, Heroin und Kokain. Verfolgt und verboten, weil sie gefährlich für die Menschen sind. Auf der Seite der Rechtschaffenheit wurden Alkohol und Tabak platziert, akzeptiert und toleriert.»⁷

Gemeinsam an der Kritik an der deutschen Drogenpolitik ist die Beobachtung einer sich seit den 1990er-Jahren kaum verändernden Orientierung, die weiterhin am «Gedanken der Prohibition»⁸ und dem «suchtfreien Leben»⁹ festhält, Repression privilegiert, wenn es um illegale Drogen geht, und im Bereich von Tabak und Alkohol kaum Einschränkungen für die Werbung vorsieht.¹⁰ So steht im 3. Alternativen Drogenbericht lapidar: «Immer mehr Drogentote, verschwendete Milliarden für die

wirkungslose und sogar kontraproduktive Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten, anhaltend hoher Tabak- und Alkoholkonsum: drei Beispiele für die Folgen verfehlter Drogenpolitik.»²¹

Besonders im letzten Drogenbericht ist erkennbar, dass die Politik auf Interessenausgleich ausgerichtet ist und dabei sowohl mit konservativen nationalen wie auch mit städtischen progressiven Positionen, aber auch mit wirtschaftlichen Interessen – besonders im Alkohol- und Tabakbereich – sowie mit Vereinen im Bereich der Schadensminderung klarkommen muss. Das Resultat ist eine projektorientierte Politik, die sich dem Anschein nach an den vier Säulen Therapie, Repression, Schadensminderung und Prävention orientiert, konkret jedoch denjenigen AkteurInnen entgegenkommt, die sich besser mobilisieren. Am Ende stehen nicht der «Mensch im Mittelpunkt», wie im Drogenbericht von 2012 erklärt, sondern Interessenverbände.

Niederlande: Gesellschaftliche Normalisierung

Schadensminderung als Orientierung taucht in der niederländischen Drogenpolitik bereits in den 1970er-Jahren als Reaktion auf den zunehmenden Heroin- und Cannabiskonsum auf. Der Konsum von Drogen wird nicht verfolgt, ausser wenn er die öffentliche Ordnung stört. Grundsätzlich sollen jedoch verschiedene Lebensstile – und deshalb auch Konsumformen – toleriert und untereinander abgestimmt werden, was mit der Präsenz vieler Minderheiten in der niederländischen Gesellschaft erklärt wird.¹² Dies führt auch dazu, dass Gesetze und Staat subsidiär eingesetzt werden und auf individuelle Freiheit¹³ und gesellschaftliche Selbstregulierung gebaut wird.¹⁴

Govert van de Wijngaart¹⁵ hat diese Orientierung als «Normalisierung durch soziale Kontrolle» konzeptualisiert. Dies bedeutet, dass soziale Beziehungen als Regulatoren in allen Bereichen zu stärken sind, aber auch, dass der Staat Gruppen, wenn diese anderen Gruppen schaden, Grenzen aufzeigt. Das führt einerseits zu Rauchverboten in Lokalen, aber auch zu Coffeeshops, wo Cannabis legal geraucht werden darf. Der Staat interveniert jedoch auch dann, wenn bestimmte Gruppen nicht mehr fähig sind, sich selbst zu regulieren. Dies hat in den Niederlanden z.B. zur Entwicklung von heroingestützten Therapien geführt.

Schweiz: Föderalistische Differenzierungen

Ähnlich wie in den Niederlanden ist die schweizerische Politik auf den Ausgleich von Verschiedenheit ausgerichtet, doch löst sie diese Problemlage nicht durch Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensstilen, sondern durch eine föderalistische Dezentralisierung von Problemlösungen und Politikumsetzung. So sind in Bezug auf illegale und legale Drogen nicht nur nationale Gesetze von Bedeutung, sondern gleichermassen auch lokale und kantonale Bestimmungen. Dieses föderalistische Konzept der Drogenpolitik hat zwar den Vorteil, dezentrale Experimente zu ermöglichen, die als good practice dann durch andere Kantone und Gemeinden kopiert werden können – und manchmal auch zu nationalen Gesetzen führen (wie etwa die Heroinverschreibung). Es hat aber auch den Nachteil, parallele Anachronismen im gleichen Land dulden zu müssen – wie etwa die fehlenden Konsumräume in Lausanne.¹⁶

Die letzten beiden systematischen Strategien auf Bundesebene¹⁷ geben deshalb nur den Rahmen vor, an dem sich Kantone orientieren können, aber nicht müssen. Die Strategien wurden aufbauend auf einem langen Prozess der Konsensfindung erarbeitet¹⁸ und zeichnen sich dadurch aus, dass nicht mehr Substanzen, sondern der problemgenerierende Konsum im Mittelpunkt stehen. Auch wird die Idee der Schadensminderung generalisierend auf alle Problemsituationen angewendet.

Uruguay: Staatlicher Pragmatismus

In Uruguay wird der Besitz und Konsum von Drogen seit jeher nicht kriminalisiert, nicht weil Drogen als Normalität betrachtet werden, sondern weil die Folgen der Kriminalisierung auf den sozialen Zusammenhalt gelindert werden sollen.¹⁹ Während der Regierungszeit von Jorge Batlle (2000-2005) wird die Prohibition durch ein Modell der Schadensminderung abgelöst, das seit 2002 Teil der nationalen Drogenpolitik ist.²⁰ Dies setzt in den Bereichen Alkohol, Tabak und Cannabis auf die Regulierung eines stark kontrollierten legalen Zugangs.²¹ Die interministerielle *Junta Nacional de Drogas* hat die Oberaufsicht im Bereich Drogen und ist das Bindeglied zwischen Sicherheits-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

Die Regulierung wird mit der Schadensminderung begründet, da diese die organisierte Kriminalität schwäche, die sozialen Netzwerke von kriminellen Einflüssen befreie und einen leichteren Zugang zu vulnerablen Konsumierenden erlaube.²²

USA: Moralische Gesellschaften

Bereits Tocqueville fiel es auf, dass die Bevölkerung der Vereinigten Staaten Drogengebrauch, obschon im Bereich persönlicher Freiheiten angesiedelt, missbilligte.²³ Dies führt zu einem auf Prohibition und Verachtung von Konsumierenden gründenden Modell, das noch heute vom Federal Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives vertreten wird.²⁴ In einer doppeldeutigen Strategie wird der Konsum kontrolliert und kriminalisiert, während dem Markt grössere Freiheiten zugestanden werden. So ist die Bewerbung und der Verkauf von Alkohol kaum eingeschränkt, der Konsum jedoch verachtet und bevor man 21 ist, hart bestraft.²⁵

Individuen sollen sich verstecken und schämen, wenn sie psychoaktive Substanzen konsumieren – doch wenn Suchtprobleme auftauchen, soll es der Markt über Therapieangebote selbst richten.²⁶

Die Umsetzung dieser Politik ist den Gliedstaaten überlassen, was zu grösseren Unterschieden in der Handhabung der nationalen Gesetzgebung führt. Ohne die generelle Orientierung der individuellen Verantwortung aufzugeben, haben Legalisierungen des Konsums von Cannabis inzwischen in verschiedenen Gliedstaaten stattgefunden. Strafen und Strafverfolgungen werden ebenfalls unterschiedlich gehandhabt.²⁷

Eine vergleichende Diskussion

Die fünf Beispiele zeigen erstens auf, dass föderalistische Staaten wie die USA oder die Schweiz durchaus bis zu einem gewissen Masse regionale, von nationalen Gesetzgebungen abweichende Drogenpolitiken tolerieren. Keinem Bundesbeamten käme es in den Sinn, dem Kanton Waadt oder der Stadt Lausanne aufzuerlegen, Fixerräume einzuführen, obschon die nationale Politik sich an der Logik der Schadensminderung orientiert. Ähnlich ist es nicht mehr denkbar, dass nach einem Volksentscheid in Richtung Liberalisierung des Zugangs zu Cannabis in einem amerikanischen Gliedstaat die nationale Ebene interveniert, um diesen Entscheid rückgängig zu machen.

Zweitens zeigt die vergleichende Perspektive, dass sich oft externe und kontextuelle Moral (Ideologie versus Pragmatismus) einander gegenüberstehen, wenn es um die Entwicklung von politischen Antworten im Drogenbereich geht, wobei hier die Stärke des Zentralstaates das Pendel durchaus klarer in die eine oder andere Richtung ausschlagen lässt.

Schliesslich unterscheiden sich die Politiken bezüglich der Rolle staatlicher und privater Akteure in der Umsetzung der Lösungen. Auch hier sind Widersprüche grösser, je mehr private

Akteure an der Politikgestaltung beteiligt sind. Diese erhöhen aber auch die Differenzierungsmöglichkeiten einer Politik, die dadurch – trotz Widersprüchen – auf eine höhere Legitimation aufbauen kann.

Die Tabelle 1 fasst die verschiedenen Organisationslogiken und Wertebezüge zusammen. Staatsmoralische Systeme unterscheiden sich von staatspragmatischen dadurch, dass zwar der Staat in beiden Modellen die Drogenpolitik bestimmt, sich jedoch entweder an moralischen Massstäben oder sozialen, bzw. gesundheitlichen Problemen und deren Kontexten orientiert. Systeme des Interessenausgleichs sind zwar näher an gesellschaftlichen Dynamiken und Interessengruppen, können jedoch, je nach Interessenlage, moralisierend oder pragmatisierend ausschlagen.

Organisationsform Wertebezug	Staatliche Orientierung	Gesellschaftliche Orientierung
Externe Moral	Staatsmoralisches System (USA)	Moralischer Interessenausgleich (Deutschland)
Pragmatische Moral	Staatspragmatisches Modell (Uruguay)	Pragmatischer Interessenausgleich (Niederlande, Schweiz)

In Klammern: Länder mit teilweise sehr unterschiedlichen Drogenpolitiken zwischen Teilstaaten (USA), Ländern und Städten (Deutschland), Kantonen und Städten (Schweiz).

Tab. 1: **Organisationsformen und Wertebezüge in der Drogenpolitik.**²⁸

Bezüglich der internen Kohärenz (im Sinne ähnlicher Ansätze in allen Politikbereichen), unterscheiden sich die analysierten Politiken ebenfalls. Falls wir vier Stossrichtungen unterscheiden – Schadensminderung, differenzierte Therapieangebote, Toleranzsysteme und Konsumrestriktionen – deklinieren sich die vier Modelle präziser. Die Schweiz und die Niederlande finden sich in einem Toleranzmodell, das Ambivalenzen in Bezug auf den Konsum (Verbote, aber Toleranzsphären) und die Vermarktung (teilweise Werbeverbote) zulässt. Die Schweiz als föderales System hat dabei noch mehr Spielräume (oder eben Ambivalenzen), da sie Unterschiede zwischen Städten und Kantonen toleriert.²⁹ Deutschland unterscheidet sich nicht besonders von der Schweiz mit einer nationalen von ideologischen Grabenkämpfen bestimmten Drogenpolitik, die regelmässig auch zu kontraproduktiven Kompromissen führt,³⁰ doch führt der grössere Handlungsspielraum der Kantone in der Schweiz (vor allem jene, mit einem starken städtischen Kern) zu mehr Pragmatismus als in Deutschland. Deutschland versucht seit Jahren, die Drogenpolitik einer kohärenten Logik zu unterstellen,³¹ scheitert jedoch an einer von Tabus blockierten nationalen Situation, wo sich die Protagonisten schwer tun, Konsum und Handel im Bereich illegaler Drogen zu unterscheiden und Drogen nicht nur als Übel, sondern auch als Krankheit wahrzunehmen. Die Drogenpolitik der USA ist zwar im Wandel begriffen, doch herrscht weiterhin das Paradigma des Krieges gegen Drogen vor. Genauso ist Uruguay kohärent, indem es in der Drogenpolitik seit Jahrzehnten die sozialen Konsequenzen in den Vordergrund stellt. Wir können inhaltlich deshalb ebenfalls vier Modelle unterscheiden: Das Modell der Normalisierung, das davon ausgeht, dass Drogen ein Bestandteil der Gesellschaft sind (Schweiz und Niederlande), das Modell der Pathologisierung, das Drogenkonsum mit Krankheit in Verbindung bringt (Deutschland), das Modell der Repression, in dem Drogen als gesellschaftliches

Übel wahrgenommen werden (USA), und schliesslich das Modell des sozialen Zusammenhalts (Uruguay), das sich dadurch auszeichnet, die sozialen Folgen des Drogenkonsums und vor allem der Illegalität gewisser Drogen zu mindern (vgl. Tab. 2).

	Schadensminderung	Differenzierte Therapieangebote	Toleranzsysteme	Konsumrestriktionen
Deutschland (Pathologisierung)	++	**	o	-
Niederlande (Normalisierung)	++	**	oo	-
Schweiz (Normalisierung)	++	**	oo	-
Uruguay (sozialer Zusammenhalt)	+	*	oo	--
USA (Repression)		*		-

- ++ Konsumräume und Spritzenabgabe
- + Konsumräume oder Spritzenabgabe
- ** Methadon- und Heroinverschreibung
- * Methadonverschreibung
- oo Entkriminalisierung des Konsums und des Besitzes von kleinen Mengen illegaler Substanzen
- o Entkriminalisierung des Konsums
- Werbeverbot (Alkohol, Tabak) und Restriktionen des Konsums im öffentlichen Raum
- Restriktionen des Konsums im öffentlichen Raum

Tab. 2: **Drogenpolitische Modelle und Inhalte.**³²

Es erstaunt nicht, dass Kohärenz in rigiden, staatszentrierten Modellen wie der USA oder Uruguay leichter umzusetzen ist, als in den anderen Ländern, die den Interessenausgleich suchen. Doch bedeutet dies nicht, dass Kohärenz oder Kompromiss zu einer besseren Drogenpolitik führen, denn, wie wir gezeigt haben, liefern die Politiken in den Niederlanden oder in Uruguay im Moment mehr Antworten auf offene Fragen in der Drogenpolitik als die anderen Länder. In anderen Worten ist jedes Modell reformierbar und vermutlich keines «revolutionierbar». Zwar sind Institutionen in dieser Phase der Orientierungsverluste leichter veränderbar, doch lohnt es sich, bevor eine bestehende Politik verworfen wird, diese einer gründlichen Revision zu unterziehen, damit zuerst auf einer historischen Kohärenz aufgebaut werden kann,³³ bevor die Suche nach besser abgestimmten, pragmatisch definierten Inhalten in Angriff genommen wird. Auf den allesklärenden Godot werden wir weiter warten. ●

Literatur

- akzept e.V./Deutsche AIDS-Hilfe/JES e.V. (Hrsg.) (2016): 3. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2016. Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Babor, T. (2010): Drug policy and the public good, Oxford: Oxford University Press.
- BAG – Bundesamt für Gesundheit (2011): Herausforderung Sucht. Grundlagen eines zukunftsfähigen Politikansatzes für die Suchtpolitik in der Schweiz, Bern: Steuergruppe der drei Eidg. Kommissionen für Alkoholfragen, für Drogenfragen und für Tabakprävention.
- BAG – Bundesamt für Gesundheit (2015): Nationale Strategie Sucht 2017-2024. Bern: BAG.
- Beckett, S. (1952): En attendant Godot: pièce en deux actes. Paris: Les Ed. de Minuit.

- Bundesregierung/Drogenbeauftragte (2012): Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik. Berlin: Drogenbeauftragte der Bundesregierung.
- Bundesregierung/Drogenbeauftragte (2016): Drogen- und Suchtbericht. Berlin: Drogenbeauftragte der Bundesregierung.
- Buruma, Y. (2007): Dutch tolerance: On drugs, prostitution, and euthanasia. *Crime and Justice* 35(1): 73-113.
- Cattacin, S. (1996a): Die Transformation des Schweizer Sozialstaates. Überlegungen zu seiner Entwicklungslogik. *Revue suisse de science politique* 2(1): 89-102.
- Cattacin, S. (1996b): Innover les politiques publiques en matière de drogues illégales en Suisse. S. 103-109 in: *Opfer – Office fédéral du personnel* (Hrsg.), *Les villes et l'urgence d'agir*. Berne: EDMZ.
- Cattacin, S./Lucas, B./Vetter, S. (1996): Drogenpolitische Modelle in Europa: eine vergleichende Analyse sechs europäischer Realitäten. Zürich: Seismo.
- de Kort, M. (1994): *Between prohibition and legalization: The Dutch experiment in drug policy*. Amsterdam, New York: Kugler publications.
- Domenig, D./Cattacin, S. (2015): Gerechte Gesundheit. Grundlagen – Analysen – Management. Bern: Hogrefe.
- Friedman, M. (1972): *Prohibition and Drugs*. *Newsweek* May 1: o.S.
- Garibotto, G. (2010): *Cárceles y drogas en Uruguay. Sistemas sobrecargados. Leyes de drogas y cárceles en América Latina* (TNI WOLA): 82-89.
- Klingst, M. (2014): Alkohol erst ab 21. In den USA kann Nacktsein teuer werden und wer einem 18-Jährigen ein Bier anbietet, kann verurteilt werden. Aber Waffen besitzen und Auto fahren darf fast jeder. *Die Zeit*, 9. Mai 2014.
- Junta Nacional de Drogas/Presidencia de la República Oriental del Uruguay (2010): *Estrategia Nacional para el abordaje del problema drogas periodo 2011-2015*. Montevideo: Junta Nacional de Drogas.
- Neill, K. A. (2014): Tough on drugs: law and order dominance and the neglect of public health in US drug policy. *World Medical & Health Policy* 6(4): 375-394.
- OEA – Organización de los Estados Americanos (2003): *Las políticas de reducción de riesgos y daños asociados al consumo de drogas en Uruguay* Washington. OEA.
- Petzold, H. (2007): Drogenabhängigkeit als Krankheit. Anthropologische, persönlichkeits-theoretische, entwicklungspsychologische und klinische Perspektiven. S. 465-481 in: Hilarion Petzold/Peter Schay/Wolfgang Ebert (Hrsg.), *Integrative Suchttherapie. Theorie, Methoden, Praxis*. Wiesbaden: Springer.
- Roberts R.B./Chen, Y. (2013): *Drugs, violence and the state*. *Annual Review of Sociology* 39: 105-125.
- Rogeberg, O. (2015): Drug policy, values and the public health approach – four lessons from drug policy reform movements. *Nordic Studies on Alcohol and Drugs* 32(4): 347-364.
- Schadwinkel, A. (2014): Drogenpolitik in Deutschland: Weniger Strafen, mehr Verantwortung. *Die Zeit* 18. April 2014.
- Stöver, H./Plenert, M. (2013): *Entkriminalisierung und Regulierung. Evidenzbasierte Modelle für einen alternativen Umgang mit Drogenhandel und -konsum*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- de Tocqueville, A. (1986 [1835]): *De la démocratie en Amérique II*. Paris: Gallimard.
- van de Wijngaart/G.F. (1990): The Dutch approach: normalization of drug problems. *Journal of Drug Issues* 20(4): 667-678.
- van Solinge, T.B. (2004): *Dealing with drugs in Europe: An investigation of european drug control experiences: France, the Netherlands and Sweden*. Utrecht: Willem Pompe Institute for Criminal Law and Criminology.
- Wenger, J./Surber, M./Lanzi, N./Gantenbein, F./Kübler, D. (2014): *Politikfeldanalyse Sucht: Advocacy-Koalitionen in der Schweizer Alkohol-/Tabak- und Drogenpolitik*. Zürich: Zürcher Politik- & Evaluationsstudien 12: o. S.
- Wüthrich, A. (2014): *Suchtpolitik. Ein umfassendes Konzept*. Bern: UM.

Endnoten

- 1 Vgl. Beckett 1952.
- 2 Vgl. Cattacin et al. 1996.
- 3 Vgl. Friedman 1972.
- 4 Vgl. Petzold 2007.
- 5 Vgl. Cattacin et al. 1996.
- 6 Vgl. Bundesregierung 2016.
- 7 Vgl. Schadwinkel 2014.
- 8 Vgl. Stöver/Plenert 2013.
- 9 Vgl. Bundesregierung 2016.
- 10 Vgl. ebd.
- 11 akzept e.V. et al. 2016: 9.
- 12 Vgl. de Kort 1994; van Solinge 2004.
- 13 Vgl. Babor 2010.
- 14 van Solinge 2004: 250-253; Vgl. Buruma 2007.
- 15 van de Wijngaart 1990: 83-104.
- 16 Vgl. Cattacin 1996a.
- 17 Vgl. BAG 2015; BAG 2011.
- 18 Siehe zu den Lobbies im Suchtbereich: Wenger et al. 2014; zum Prozess der Erarbeitung der Suchtstrategie: Wüthrich 2014.
- 19 Vgl. Garibotto 2010.
- 20 Vgl. OEA 2003.
- 21 Vgl. Junta Nacional de Drogas 2010.
- 22 Vgl. Rogeberg 2015.
- 23 de Tocqueville 1986 [1835]: 159.
- 24 Vgl. Neill 2014.
- 25 Vgl. Klingst 2014.
- 26 Vgl. Roberts/Chen 2013.
- 27 Vgl. Neill 2014.
- 28 Eigene Erarbeitung.
- 29 Vgl. Cattacin 1996b.
- 30 Etwa die gescheiterte Zusammenlegung der Alkohol-, Tabak- und Drogenkommission in der Schweiz.
- 31 «der Mensch im Mittelpunkt» etwa im Drogenbericht von 2012 (vgl. Bundesregierung 2012).
- 32 Eigene Erarbeitung.
- 33 Wir beziehen uns hier argumentativ auf die Theorien der Pfadabhängigkeit, siehe etwa Domenig/Cattacin 2015: 52.

Bücher zum Thema



Alfred W. McCoy
**DIE CIA UND
DAS HEROIN**
Woltpolitik durch Drogenhandel

Die CIA und das Heroin – Weltpolitik durch Drogenhandel
Alfred W. McCoy
2016, Westend Verlag, 688 Seiten
Aktuell. Neuausgabe, übers. von A. Simon dos Santos

Erst durch die Alkoholprohibition wurde die Mafia in Amerika gross. Der Krieg gegen die Drogen, den die USA trotz dieses so kläglich gescheiterten Experiments bis heute auf der ganzen Welt unbeirrt fortführen, hat seither nicht nur ähnliche, sondern noch viel schlimmere Folgen. In seinem Klassiker über die Verstrickung von CIA und Politik in den internationalen Drogenhandel erzählt der Autor – der zahllose Militärs, Politiker, Geheimdienstler und selbst Drogenbarone befragte, wie es dazu kommen konnte, dass Drogen von einer Privatsache zu einem gigantischen Geschäft wurden. Überall liefern die ungeheuren Gewinnmargen des Rauschgifthandels, die durch eine aggressive Verbotspolitik erst möglich werden, das Schmiermittel für Korruption und Machtmissbrauch.



Grauzonen staatlicher Gewalt. Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko
Alke Jenss
2016, Transcript, 494 S.

Paramilitärs, Kriminalität, Verschwundene – «der Krieg gegen die Drogen» hat in wirtschaftlichen Boomzonen Kolumbiens und Mexikos Gewaltverhältnisse auf Dauer gestellt: Illegale und legale Ökonomie sind kaum mehr zu trennen. Alke Jenss bietet einen differenzierten Blick auf die Rolle des Staates: Bekämpft er die, die er zu bekämpfen vorgibt? Stellt der Staat tatsächlich Ordnung her oder produziert er vielmehr selbst Unsicherheit für Teile der Gesellschaft? Die Studie analysiert erstmals staats-theoretisch und vergleichend Gewaltdynamiken in beiden Ländern. Sie hinterfragt kritisch, welche gesellschaftlichen Kräfte die Stärkung des Militärs in ihrem eigenen Sinne vorantreiben und wer von Gewaltpraktiken betroffen ist.